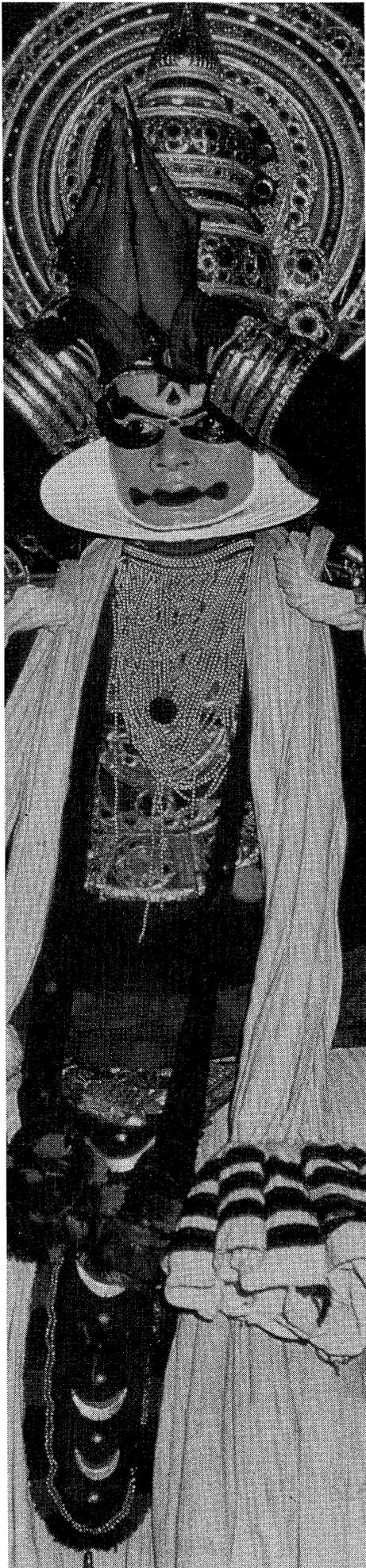


Der Congress

Indien nach den Wahlen



Mit seinen über 500 Millionen Wahlberechtigten wird Indien oft als die größte Demokratie der Welt bezeichnet. Die jüngsten Parlamentswahlen führten zu einem Machtwechsel. Die abgewirtschaftete Congress-Partei unter dem bisherigen Premierminister Rao mußte eine klare Niederlage einstecken, während die hindufundamentalistisch orientierte BJP stärkste Partei wurde. Die Wahlergebnisse sind Ausdruck einer von zunehmenden Disparitäten zerrissenen Gesellschaft.

Der bereits vereidigte Premierminister Atal Behari Vajpayee konnte sich nur 12 Tage im Amt halten. Seine Partei, die Indische Nationale Partei (BJP), ist zwar mit 159 Parlamentssitzen als stärkste Kraft aus den Wahlen hervorgegangen, doch fehlen trotz Allianzen mit anderen kleineren Parteien nahezu 100 Mandate zur Parlamentsmehrheit. An den sich gegen die BJP formierenden Parteien kommt der Wahlsieger somit nicht vorbei. Mit H. D. Deve Gowda, dem Ministerpräsidenten des Bundeslandes Karnataka, hat sich die 13 Parteien starke United Front aus sozialdemokratischen, kommunistischen und regionalen Parteien nun auf einen möglichen Premier geeinigt. Selbst die Congress-Partei, die trotz ihrer Niederlage zunächst noch arrogant auf dem bisherigen Premier Narashima Rao beharrte, will sich hinter die United Front stellen. Die erst jüngst entstandene United Front ist ein Abbild der sozialen und kulturellen Vielfalt Indiens. Das Regieren mit dieser heterogenen Hausmacht dürfte dem designierten Premier Gowda schwerfallen, zumal seine Mehrheit mit dem Verhalten der Congress-Partei steht und fällt. Gowda selbst hat in Karnataka bislang eine wirtschaftsliberale Politik verfolgt, die auf Markt und Investitionen aus dem Ausland setzte. Die Kommunisten, stärkste Fraktion der United Front, haben bereits auf eine Regierungsteilnahme verzichtet, wollen Gowda aber tolerieren.

Auch wenn die Regierungszeit der BJP ein schnelles Ende nahm, zeigt das Wahlergebnis deutlich, daß die indische Nation gespalten ist wie noch nie zuvor in ihrer nun bald 50-jährigen Geschichte. Entlang religiöser, regionaler und sozio-ökonomischer Konfliktlinien sind inzwischen unzählige kleinere Parteien entstanden, die die indische Parteienlandschaft wie einen bunten Flickenteppich aussehen lassen. Die Zeiten, in denen die Congress-Partei unangefochten sowohl in den indischen Bundesstaaten als auch im Zentrum die Macht einnahm, sind ebenso unwiederbringlich vorbei wie die Zeiten politischer Stabilität. Allzu gerne wird der Niedergang der Congress-Partei auf die in ihren Reihen grassierende Korruption zurückgeführt. Kurz vor den Wahlen mußten sieben Minister der Regierung Rao zurücktreten, da sie in den Verdacht geraten waren, hohe Bestechungsgelder angenommen zu haben. Der sogenannte Hawala-Skandal, Indiens bislang größter Korruptionsskandal, hat das bereits zuvor angeschlagene Image der Congress-Partei bei den WählerInnen weiter demoliert. Ihn allein aber für die Wahl Niederlage der Congress-Partei verantwortlich machen zu wollen, ist zu kurz gedacht. Schließlich ist jede der wichtigen nationalen Parteien – sieht man einmal von den beiden kommunistischen Parteien ab – in den Hawala-Skandal verwickelt. Die Liste der Verdächtigten liest sich wie ein „Who is Who“ der indischen Politik.

Langsamer Zerfall

Neben der Korruption¹ waren auch eine verfehlte Wahlstrategie Raos und Flügelkämpfe innerhalb des Congress wichtige Gründe dafür, daß der traditionsreiche Partei die WählerInnen gleich scharenweise davonliefen. Rao wollte durch die Instrumentalisierung des Hawala-Skandals seine innerparteilichen Gegner kaltstellen, erreichte damit aber nur, daß diese z.B. im Bundesstaat Madhya Pradesh erfolgreich gegen ihre ehemalige Partei antraten. Die herbe Niederlage hat ihre Ursachen aber auch in den strukturellen Veränderun-

tanz ab

gen der indischen Gesellschaft, die einer „Volkspartei“, wie es die Congress-Partei sein will, das Überleben immer schwieriger machen. Der Congress, der bis auf kurze Unterbrechungen (1977–79 und 1989–91) seit der Unabhängigkeit die politischen Geschäfte in Indien führte, ist immer weniger in der Lage, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen zu integrieren. Mit dem jüngsten Wahlergebnis setzt sich ein Trend fort, der bereits bei den Wahlen 1989 deutlich zu erkennen war und bei den letzten Wahlen 1991 nur durch die Ermordung Rajiv Gandhis überdeckt wurde: die Ausdifferenzierung der indischen Parteienlandschaft und der Niedergang der Congress-Partei als bestimmende Kraft in Indien. Die Integrationskraft der Partei ist nicht mehr stark genug, um die re-

ligiösen, kulturellen, regionalen und sozioökonomischen Gegensätze Indiens in sich zu vereinen.

Ihre politische Vorrangstellung im unabhängigen Indien hatte die Congress-Partei zwei Ursachen zuzuschreiben: Sie war die treibende Kraft im indischen Unabhängigkeitskampf und stellte mit Jawaharlal Nehru einen Premierminister, der weit über die Parteigrenzen hinaus unangefochten als nationaler Führer galt. Inzwischen sind die internen Konfliktstrukturen, die durch den Unabhängigkeitskampf in den Hintergrund getreten waren, längst wieder aufgebrochen. Regionale Identitäten, die in den 50er und 60er Jahren in das Korsett des Nation-building gezwängt wurden, brechen mit unverminderter Wucht wieder hervor. Der säkulare Staat sieht sich plötzlich einer Bedrohung durch religiös argumentierende Parteien ausgesetzt. Auch die Untersten der indischen Gesellschaft, die Dalits (Unberührbare) und Adivasi (Stammesbevölkerung), haben sich in vielen Regionen politisch organisiert. War die Congress-Partei vor und in den ersten beiden Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit Indiens ein politisches 'Gemischtwarenlager', in dem sich Reiche und Arme, Moslems und Hindus, Brahmanen und Kastenlose trotz all ihrer Interessengegensätze wiederfinden konnten, so ist ihr dies schon längst nicht mehr möglich. An ihre Stelle treten Parteien, die die partikularen Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen vertreten und nicht den gesellschaftlichen Konsens, sondern die Konfrontation suchen. Die Con-

gress-Partei hingegen tut sich schwer, als 'Volkspartei' abzutreten. Immer wieder versucht sie, es allen recht zu machen und verstrickt sich dabei in solche Widersprüche, daß sie gar niemanden zufrieden stellen kann. Eine 'Massenintegrationspartei', wie sie der alte Congress darstellt, kann in einer durch religiöse und sozioökonomische Konflikte immer stärker heterogenisierten Gesellschaft nicht bestehen.

Mit Rama ins Goldene Zeitalter?

Zu den aufstrebenden Kräften, die religiöse Konflikte instrumentalisieren, gehört die Bharatiya Janata Party (BJP). 1980 als Splittergruppe der auseinanderbrechenden nationalistischen Janata Party entstanden, hat die BJP einen steilen politischen Aufstieg hinter sich, der in der jüngsten Wahl einen vorläufigen Höhepunkt fand. Längst hat die Partei ihr Image abgelegt, ausschließlich Partei hochkastiger Hindus und traditioneller Eliten zu sein, die aus Indien einen reinen Hindustaat machen wollen. Trotz aller Toleranz, mit der sich die BJP mittlerweile zu schmücken versucht, darf aber nichts darüber hinwegtäuschen, daß sie nur Einfluß gewinnen konnte, indem sie die schwelenden Konflikte zwischen der Mehrheit der Hindus und der muslimischen Minderheit propagandistisch anfachte und für ihre Zwecke nutzte.

In der von der BJP vorgeschlagenen Regierung war zwar ein Moslem als Minister vorgesehen. Dem derzeitigen Aushängeschild



Das habt ihr jetzt davon!

der BJP, A.B. Vajpayee, wird zudem eine gemäßigte und liberale Haltung nachgesagt. Als 1992 hinduistische Fundamentalisten im nordindischen Ayodhya eine angeblich auf der Geburtsstätte des hinduistischen Gottes Rama gebaute Moschee dem Erdboden gleichmachten, war es Vajpayee, der sich dafür entschuldigte. Daß aber nicht nur seine Partei, sondern auch er diese Trägödie ideologisch vorbereitete, die über 3.000 Menschenleben kostete, wird von den Kommentatoren der diesjährigen Wahl gerne übersehen.

Die BJP und ihre Verbündeten können politisch nur überleben, wenn sie auch weiterhin als Protagonisten eines hinduistischen Selbstbewußtseins auftreten. Ihren größten Rückhalt finden sie bei den vom Modernisierungsprozeß marginalisierten Bevölkerungsgruppen, die vom propagierten Fortschritt ausgeschlossen sind. Dazu gehören nicht nur die Armen, sondern auch Teile der traditionellen Eliten, die ihre einstmalige Vormachtstellung z.T. an die aufsteigende Mittelschicht verloren haben. Die Hindufundamentalisten wollen ein 'goldenes hinduistisches Zeitalter' einläuten, das nicht nur symbolisch an alte indische Legenden anknüpft: an Zeiten, als der Gottkönig Rama mit der Hilfe treuer Bundesgenossen das Böse bekämpfte und der Gerechtigkeit zum Sieg verhalf. Diesen Mythos kennt in Indien jedes Kind, und er appelliert an die Sehnsüchte einer sich entwurzelt fühlenden Generation. Eine auf derartige Mythen bauende Ideologie hat keinen Platz für Klassen- und Kasten-gegensätze, sondern versucht eine Volks- oder besser gesagt: Hindusolidarität wachzurufen, die jedoch nur durch die Behauptung und Beschwörung einer existentiellen Gefahr bestehen kann. Diese Gefahr drohe von den andersgläubigen Moslems und den Christen, aber auch vom westlichen Imperialismus, der

durch die multinationalen Konzerne verkörpert werde. Mit dieser in Teilen fortschrittlich klingenden Ideologie, die als eine rechte Variante der Kapitalismuskritik anzusehen ist, bekämpfte die BJP die Liberalisierungspolitik der Congress-Regierung unter Rao.

Wirtschaftsreformen gegen die Armen

Die umfassende Wirtschaftsreform gilt als das prägende Element der Ära Rao. Als Rao 1991 die Regierungsgeschäfte übernahm, befand sich der indische Staat am Rande des Bankrotts. Die Devisenreserven reichten gerade noch aus, um die Importe für weniger als zwei Wochen zu bezahlen, -zig Tonnen Gold waren bereits an ausländische Banken verpfändet und hohe Inflationsraten führten zu Unzufriedenheit und politischen Unruhen. Galt Indien in den 80er Jahren noch als Nation, deren Auslandsverschuldung wenig Anlaß zur Besorgnis gab, so hatte die Verschuldung mit etwa 80 Mrd. US\$ inzwischen lateinamerikanische Dimensionen erreicht. Innerhalb weniger Wochen leierten Rao und sein Finanzminister Manmohan Singh eine Wirtschaftsreform an, die an den Grundfesten indischer Ordnungspolitik rüttelte. Mit Liberalization, Privatization und Globalization wollte Premier Rao die angeschlagene indische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen (vgl. 'blätter' Nr. 206). Importbeschränkungen wurden gelockert, Einfuhrzölle drastisch gesenkt und der ausufernde Bürokratismus (Licencing Raj) entschärft, um die Entfaltung der Produktivkräfte nicht zu behindern. Zur Förderung der Exportwirtschaft wurden gleich zu Beginn der Wirtschaftsreform die indische Währung um gut 20 Prozent abgewertet und die Exportkontrollen

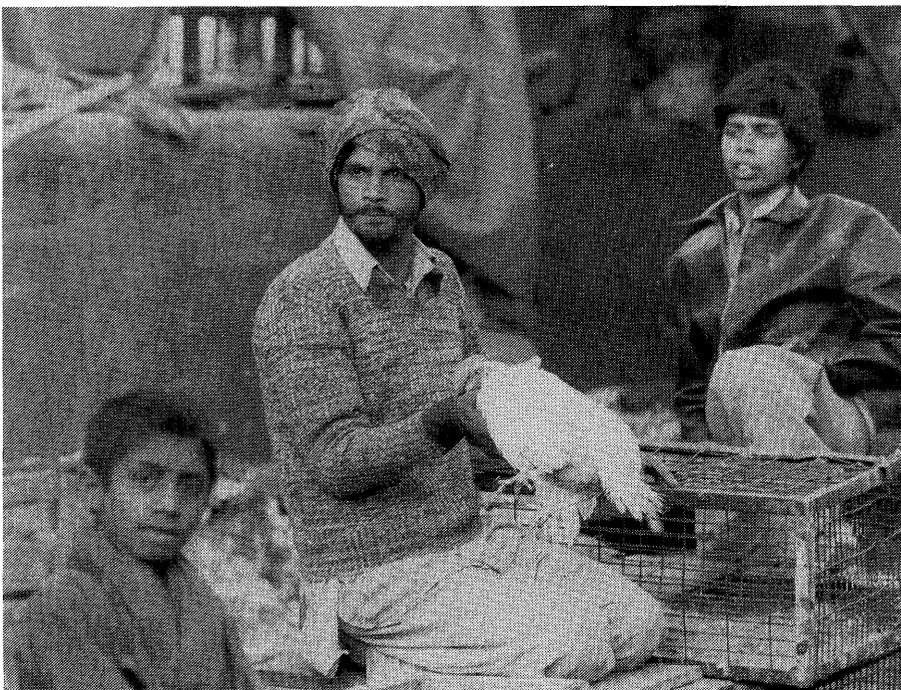
abgeschafft. Staatliche Betriebe wurden in großer Zahl in Aktiengesellschaften umgewandelt und privatisiert. Um das Investitionsklima zu verbessern, wurde das Kündigungsschutzgesetz für ArbeiterInnen im formellen Sektor aufgeweicht. Der galoppierenden Staatsverschuldung sollte vor allem durch die Streichung von Subventionen Einhalt geboten werden. Indien, das jahrzehntelang eine äußerst restriktive Politik gegenüber multinationalen Unternehmen verfolgt hatte, begann nun, diese zu Investitionen zu drängen.

Im Wahlkampf stellte die bisherige Regierung gerade die Wirtschaftsreform als ihr Glanzstück dar. Es sei gelungen, die Nation vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten und den Anschluß an die führenden Industrienationen der Welt herzustellen. Tatsächlich wurden die Staatsausgaben erheblich reduziert, und die Exporte und Devisenreserven stiegen. Auslandsinvestitionen in Höhe von fast 12 Mrd. US\$, die zwischen April 1991 und November 1995 ins Land geflossen sind, sorgen dafür, daß die Bewohner Indiens inzwischen nicht mehr auf Coca-Cola und Kentucky Fried Chicken verzichten müssen – sofern sie Geld dafür haben.

So beeindruckend die Zahlen über die Genesung der indischen Wirtschaft sein mögen, die WählerInnen haben sie kalt gelassen. Für sie sind ganz andere Dinge wichtig, etwa wieviel sie für ihr tägliches Essen ausgeben müssen, oder ob sie jeden Tag eine Arbeit finden und wieviel sie dafür erhalten. Gerade den Ärmsten hat die Wirtschaftsreform bislang wenig gebracht. Subventionskürzungen haben z.B. die Nahrungsmittelpreise und Eisenbahntarife kräftig ansteigen lassen. Der Staat spart auf Kosten der Armen, ohne daß gleichzeitig die Löhne angestiegen oder Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl geschaffen worden wären. Unabhängigen Schätzungen zufolge ist der Anteil der Menschen unterhalb der Armutsgrenze zwischen 1990/91 und 1992/93 von 35,5 auf 40,7 Prozent angestiegen, die Zahl der absolut Armen um 60 Millionen. Die beachtlichen makroökonomischen Erfolge bei der Wirtschaftsreform haben die Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen zur Folge. Die Quittung dafür hat die Regierung Rao nun kassiert. Die BJP hat zwar mitnichten ein realistisches Sozialprogramm anzubieten, konnte aber unbestimmte Hoffnungen an sich binden.

Susanne van Dillen/ Eberhard Weber

Susanne van Dillen, Geographin, arbeitet an ihrer Doktorarbeit in Südindien; **Eberhard Weber**, Geograph, lebt in Kirchzarten.



Reformen lassen uns kalt

Foto: Rainer Hörig

Anmerkung:

1) Nicht zum ersten Mal in der indischen Geschichte war Korruption ein wichtiges Wahlkampfthema. Bereits 1977 zog ein breites Bündnis unter Führung des Sozialisten Jayaprakash Narayan gegen Korruption und das autoritäre Regime Indira Gandhis in den Wahlkampf. Erstmals im unabhängigen Indien wurde damals die Congress-Partei auf die Oppositionsbank verbannt.